

## Respekt und Toleranz

Zu: „Grenzen des Rechts auf freie Meinungsäußerung“, FR-Forum v. 4.11.

Ich möchte mich in der Debatte über die Mohammed-Karikaturen zu Wort melden, zu der in der FR u.a. Stephan Hebel und Markus Tiedemann beachtenswerte Beiträge geliefert haben. Stein meines Anstoßes ist der Leserbrief von Axel Schneider. Mit der Formulierung „Die Mohammed-Karikaturen, die ... vor wenigen Tagen den Tod eines Lehrers verursachten“ nimmt Herr Schneider eine geradezu groteske Verdrehung der Tatsachen vor: Ein Täter wird ausgeblendet und der bestialische Terrorakt zumindest scheinbar legitimiert, indem die Schuld dem Opfer zugeschoben wird.

Ich bezweifle, dass der Lehrer Samuel Paty das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung in unzulässiger Weise überschritten hat. Im Gegenteil: Er erfüllt den Bildungsauftrag der Schule, wenn er die Grenzen von Meinungsfreiheit und Toleranz in einer pluralistischen Gesellschaft an einem aktuellen Beispiel zur Diskussion stellt. Das Toleranzgebot fordert den Respekt vor dem Recht des Einzelnen auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit, d.h. auch das Erdulden von relevanten Lebensweisen, solange sie nicht die Rechte anderer beschneiden. Respekt und Toleranz bedeuten aber nicht, dass die Inhalte der jeweiligen Glaubensrichtung der Kritik – auch nicht übersteigter satirischer Kritik – entzogen wären. Die Tötung des Andersdenkenden ist niemals gerechtfertigt. Elke Fudickar, Rastede

Diskussion: [frblog.de/paty](http://frblog.de/paty)

## Sozial relevant

Lockdown: „Gift für den Zusammenhalt“, FR-Meinung vom 4.11.

Und schon wieder liegt meine diesjährige Museumskarte nur rum! Gerne habe ich noch eine Ausstellung im Schloss Philippsruhe in Hanau erwirbt, die aus den bekannten Gründen gleichermaßen anfing und zu Ende war, innerhalb zweier Tage statt der angekündigten drei Wochen. Der Fotograf Udo Becker hat, sehr berührend, analog und schwarzweiß Impressionen aus Südfrankreich weitergegeben, der Holzkünstler Peter Pätzold beeindruckt überwältigend mit seinen Großskulpturen, in denen Bäume auferstehen dürfen. Derartige Ausstellungen sind mit großem, auch finanziellem, Aufwand verbunden. Es bleibt zu hoffen, dass im Dezember noch einige Besichtigungstage verbleiben.

Auch hier zeigen sich die Berührungspunkte zwischen system- und sozial relevanten Ansprüchen. Nicht nur wir sogenannten Alleinstehenden sind auf derart bereichernde Kontakte dringend angewiesen.

Monika Schäfer, Hattersheim

Diskussion: [frblog.de/wellenbrecher](http://frblog.de/wellenbrecher)



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschriften auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20201102](http://frblog.de/lf-20201102). Übersicht: [frblog.de/aktuell](http://frblog.de/aktuell)

### FR ERLEBEN

**Gregor Haschnik** moderiert eine Diskussion zum Thema Filterblasen: „Bubbles: Wie kommen wir rein, wie finden wir wieder raus?“ Im Rahmen der Digitalkonferenz „2020 verstehen - 2021 gestalten“ der „Menschen in Hanau“. Bitte anmelden bis 6. November. Info unter [menschen-in-hanau.de/de/](http://menschen-in-hanau.de/de/)  
**Sonntag, 8. November, 14 Uhr**

**Thomas Kaspar** moderiert die Podiumsdiskussion der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt zum Thema „Wer bin ich, und wenn ja, ab wann ist meine Privatsphäre zu Ende?“. Mit Altbischof Martin Hein, Ethikrat der Hessischen Landesregierung, Martin Tschirsch, Chaos Computer Club, Berlin, sowie André Schellenberg, Stadtkämmerer Darmstadt.  
**Dienstag, 10. November, 18.30 Uhr**  
**Ev. Stadtakademie, Rheinstr. 31, Darmstadt**

**Lutz „Bronski“ Büge** liest aus seinem neu erschienenen Roman „McWeir – Virenkrieg V“. Anmeldung nötig. Info: [ybersinn.de/2020/09/24/lesung](http://ybersinn.de/2020/09/24/lesung)  
**Donnerstag, 17. Dezember, 19 Uhr**  
**Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstraße 32, Frankfurt**

## Kampf für die Rechte der Menschen

Zu: 75 Lektionen Mut, u.a. „Nicht wegschauen, auch wenn es einfacher wäre“ vom 25. Oktober

### Heldenhafter Kampf gegen die USA

Mir fallen viele Helden ein, die ich bewundere. Mein persönliches Idol ist Stanislav Petrov, der vergessene Held, der den Dritten Weltkrieg verhindert hat. Andere Helden sind für mich die Mojave-Indianer, die den Kampf gegen die USA aufgenommen haben. Es ging um die Atomtests in der Mojave-Wüste auf dem Übungsgelände der US-Luftwaffe.

Barbara Siebert, Kerpen

### Julian Assange braucht unsere Solidarität

Die FR zeigt sich auf der Seite der Mutigen, auf der Seite der Whistleblower, am 21. Oktober wird Edward Snowden ausführlich als solch ein Mutiger gewürdigt. Hier findet auch Assange eine kurze Erwähnung. So weit, so gut.

Warum aber haben die Berichte über Julian Assange so ein Geschmäcke? Am 5.10. fiel mir die Hervorhebung „Held oder Verbrecher“ auf. Held vielleicht, aber wieso Verbrecher? Es werden im Artikel nur Anklagepunkte des Auslieferungsverfahrens erwähnt. Ist für die FR also die Anschuldigung „Spion“ ein Grund, ihn als Verbrecher zu titulieren? Ich erinnere: Durch Wikileaks wurden Verbrechen der US-Armee gegen die Menschlichkeit aufgedeckt.

Erfreulicherweise gab es da die ZDF-Sendung „Die Anstalt“ vom 29.9., in der der ganze Fall und auch die Rufmordkampagne gegen Assange ausführlich dargestellt wurde. Die vielen Rechtsbeugungen und -brüche, die er erleben musste, hätten mit Sicherheit mehr Empörung hervorgerufen, wenn da nicht ständig hervorgehoben würde, wie umstritten er ist oder in ande-

ren Berichten, welch schräge Persönlichkeit.

Sind 175 Jahre Gefängnis eine angemessene Strafe für das, was er getan hat? Ich finde, er braucht unsere Solidarität wie andere Opfer von politischer Justiz, erst recht, wenn europäische Akteure mittun. Christa Führer-Rößmann, Offenbach

### 75 JAHRE FR

**Zukunft hat eine Stimme.**

#### Zukunft hat eine Stimme:

Wer die Welt von morgen gestaltet

### Eine Atmosphäre der Einschüchterung

Die Erfahrungen von Jana Grebe mit ihrem Arbeitgeber Jobcenter sind leider kein Einzelfall. Es ist ein Skandal, dass es für Mitarbeiter „Mut“ bedarf, um Menschen in einer staatlichen Institution zu ihrem Recht zu verhelfen. Jana Grebe hat den „Preis für Zivilcourage“ mehr als verdient. Aber was ist mit den Akteuren des Landkreises Osterholz, die sie schließlich aus ihrer Arbeit gedrängt haben? Warum müssen sie keine Konsequenzen befürchten?

Aus meiner ehrenamtlichen Arbeit im Landkreis Osterholz weiß ich, welche Atmosphäre der Einschüchterung und manchmal auch Missachtung gegenüber Leistungsempfängern herrscht. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dem nicht folgen, geben ihre Arbeit häufig resigniert auf – auch das habe ich erlebt. Nachzulesen ist das

bei Inge Hannemann, der „Hartz-IV-Rebellin“, die als ehemalige Fallmanagerin seit Jahren unermüdlich für die Rechte der Menschen kämpft, die auf Grundsicherung angewiesen sind.

Das Grundproblem liegt in der Konstruktion der Jobcenter, wie sie im Zuge der unseligen Agenda 2010 durchgesetzt wurde. Aus Menschen, die aufgrund einer Notlage ihr Grundrecht auf Sicherung des Existenzminimums wahrnehmen, wurden „Kunden“, also Marktteilnehmer. Auf der einen Seite steht der „Anbieter“ Jobcenter, der als einziger die Macht hat, das materielle Überleben zu sichern; auf der anderen Seite steht der „Nachfragende“, der nichts in der Hand hat als seine Existenz. Aber es geht ja nicht nur um das materielle Überleben, sondern auch um die Rückkehr zu oder die erstmalige Vermittlung in Existenz sichernde Arbeit. Das beinhalten besonders die sogenannten Eingliederungsvereinbarungen, die ein formeller Rechtsakt sind und von den Betroffenen nahezu bedingungslos Akzeptanz der Vorgaben fordern – sonst drohen Sanktionen. Der „Anbieter“ hat hierbei einen breiten Spielraum, Hilfen wie Qualifizierungsmaßnahmen zu gewähren oder nicht. Ohne gute unabhängige Beratungsstrukturen sind die Betroffenen den Entscheidungen des Sachbearbeiters in der Regel ausgeliefert – die Möglichkeit von Sanktionen immer vor Augen.

Dieser Zustand ist eines sozialen Rechtsstaates absolut unwürdig, und ich hoffe, dass es noch viele Jana Grebes geben wird. Ebenso hoffe ich, dass sie auf breite Unterstützung stoßen und keinen kräftezehrenden und krank machenden Kampf alleine durchstehen müssen.

Anonymisiert (der Red. bekannt)

## Was eine Feministin durchsetzen müsste

Zu: „Frieden gibt es nicht ohne Feminismus“, FR-Meinung vom 29. Oktober

Der Gastbeitrag von Gabriela Heinrich kann nicht unkommentiert bleiben. Weder Frau von der Leyen noch Frau Kramp-Karrenbauer passen in das gezeichnete Bild friedensfördernder Politikerinnen; beide haben es als zuständige Ministerinnen versäumt, das Grundproblem der atomaren Verteidigung Deutschlands auch nur ansatzweise anzugehen.

In den 60er Jahren habe ich den Wehrdienst in der Bundeswehr verweigert und stattdessen 18 Monate lang Ersatzdienst beim DRK gemacht. Als Drückeberger, der sein Vaterland nicht verteidigen will, naja.

Obwohl ich schon in meiner Lehrzeit durch andere Lehrlinge mit Waffen Bekanntschaft machen musste, hatte ich immer

ein distanzierendes Verhältnis dazu, auch ein Ergebnis der Erziehung durch meine Eltern, die vom Zweiten Weltkrieg her genug davon hatten.

Aber etwas anderes ist mir schon früh und unabhängig davon klargeworden: Wenn wir uns in der Mitte Europas gegen wen auch immer verteidigen müssten, dann wären bald auch Atomwaffen im Spiel. Und was wären die primären Ziele eines potentiellen Angreifers? Die Großstädte, um maximalen Terror zu entfachen, große Industriezentren und Flughäfen zur Zerstörung der Wirtschaft und zuallererst die Lagerstätten der US-Atomwaffen in Deutschland. Na prima – da wären wir im Rhein-Main-Gebiet doch schon gleich zu Be-

ginn dabei. Übrig bliebe eine atomare Wüste.

An dieser Einschätzung hat sich nichts geändert. Gleichwohl gab es in den 60er Jahren noch bescheuerte Broschüren für den Ernstfall mit Ratschlägen, man solle sich bei einem atomaren Angriff in einen Straßengraben legen und die Aktentasche über den Kopf halten. Dummerweise gab's im Frankfurter Nordend nicht so viele Straßengräben.

Und in Büchel lagern weiterhin Atomwaffen, womit ich zum Ausgangspunkt meines Beitrags komme. Friedenspolitik, ob feministisch begründet oder nicht, setzt voraus, dass diese Waffen verschrottet werden. Ich warte auf eine Feministin, die das endlich durchsetzt.

Manfred Stibaner, Dreieichen